



NR. 84, MÄRZ 2014

Extrablatt

aus dem
EU-Verbindungsbüro
Brüssel

Inhalt

■ Salzburg | Europa | Bezirke | Gemeinden | Wirtschaft | Tourismus

Bericht zur Tätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2013 erschienen	2
Tasting Europe	2
Neue Qualitätsgrundsätze für den Tourismus sollen Angebote besser zur Geltung bringen	2

■ Land-/Forstwirtschaft

Milchgipfel zum Auslaufen der Milchkontingentierung	3
---	---

■ Bildung | Forschung

Ausschreibung Horizon 2020: Steigerung der Investitionsbereitschaft von KMU und kleinen Midcaps	4
Brüssel-Modul der Salzburg Management Business School mit Schwerpunkt Public Management sowie Health Care Management	4
Brüssel-Exkursion: MaturantInnen des BG Nonntal informieren sich über die EU „vor Ort“	5

■ Gesellschaft | VerbraucherInnen

Reisen ins europäische Ausland: Nur die Hälfte kennt die EU-weit gültige Notrufnummer 112	6
Humanitäre Hilfe: neuer Freiwilligendienst „EU Aid Volunteers“	6
Versicherungen: bessere Informationen und Beratung zum Schutz der VerbraucherInnen	6

■ Gesundheit | Soziales

Europäischer Gerichtshof: Österreichische Regelung für die Neuerrichtung von Apotheken sind nicht mit der Niederlassungsfreiheit vereinbar	7
17. European Health Forum Gastein von 1. bis 3. Oktober 2014	7

■ Kultur | Sport

Auftaktkonferenz „CREATIVE EUROPE. Bleibt alles beim Alten? Oder doch alles neu?“	8
---	---

■ Umwelt | Natur | Wasser

Anhörung im EU-Parlament: Teilerfolg für die Europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“	9
--	---

■ Verkehr | Energie

Lebensrettendes eCall-System ab 2015 in allen neuen Automodellen?	10
„Sustainable Energy Days“ – Einreichungen ab sofort möglich.....	10
Neue Ausschreibungen in Horizon 2020: Unterstützung für Behörden bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz	11

Bericht zur Tätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2013 erschienen

Welche Initiativen hat die EU im Vorjahr gesetzt? Was wurde getan, um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu lösen, das Wachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen? Wie haben die Bürgerinnen und Bürger von der EU profitiert? Antworten darauf liefert der *Gesamtbericht 2013*.

Weiterführende Informationen, Bestell- und Download-Möglichkeit:

http://europa.eu/publications/reports-booklets/general-report/index_de.htm

Tasting Europe

2

Europas Kultur und Geschichte ist untrennbar mit seiner kulinarischen Tradition verbunden. Die Website "Tasting Europe" stellt diesen Teil des europäischen Kulturerbes vor – unter anderem mit etlichen Veranstaltungs- und Besuchertipps.

Weiterführende Informationen:

<http://www.tastingeurope.com/>

Neue Qualitätsgrundsätze für den Tourismus sollen Angebote besser zur Geltung bringen

Die Europäische Kommission (EK) hat unlängst neue Qualitätsgrundsätze für den Tourismus vorgestellt. Diese sollen dafür sorgen, dass TouristInnen, die in andere Mitgliedstaaten reisen bzw. TouristInnen aus Nicht-EU-Ländern für ihr Geld einen angemessenen Gegenwert erhalten.

Die Qualitätsgrundsätze decken vier Hauptbereiche ab:

- Schulung des Personals
- VerbraucherInnenzufriedenheit
- Sauberkeit und Instandhaltung
- korrekte und verlässliche Informationen zumindest in der wichtigsten Fremdsprache

Der Vorschlag soll vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zugute kommen, die über 90 Prozent der Unternehmen in der europäischen Tourismusbranche

ausmachen. Durch die Einhaltung der Grundsätze soll die hohe Qualität ihrer Dienstleistungen – insbesondere auf neuen Märkten – besser zur Geltung kommen.

Die Teilnahme an der Initiative ist für die Mitgliedstaaten freiwillig, so dass unnötige Belastungen der nationalen Behörden vermieden werden. Die Mitgliedstaaten sind jedoch aufgefordert, die Anwendung der Grundsätze in ihrem jeweiligen Gebiet zu koordinieren, zu überwachen und zu fördern. Die von der EK vorgeschlagenen Empfehlungen werden nun von den Mitgliedstaaten im Rat bewertet.

Weiterführende Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-168_de.htm

Milchgipfel zum Auslaufen der Milchkontingentierung

Der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, und der Vorsitzende des Milchindustrie-Verbandes e.V., Karl-Heinz Engel, luden am 13. Februar 2014 in die Räumlichkeiten der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel zum traditionellen Milchgipfel ein, der sich mit dem Thema „2015: Wie geht es weiter ohne Milchquote?“ auseinandersetzte.

Mit dem Auslaufen der Milchkontingentierung am 31.3.2015 ist die Zuteilung einer Milchreferenzmenge für die EU-Mitgliedstaaten beendet. Mit geeigneten Maßnahmen sollen die europäischen Milchwirtschaftsbetriebe, die über ihre Quote produzieren, mit einem „soft landing“ auf das neue System übergeführt werden. Die Zahlung der

„EU-Superabgabe“ für Milchwirtschaftsbetriebe, die über die verfügbare EU-Milchquote erzeugen, droht.

Die Schaffung einer Milchmarktbeobachtungsstelle kündigte Hermanus Versteijlen von der Generaldirektion AGRI, Europäische Kommission, an. Die neue Stelle würde Interessengruppen intensiv einbinden und diese könnten auf die Analysen reagieren. Versteijlen betonte, dass der Milchbereich eine sehr gute Ausgangsposition in Europa und weltweit habe.

Information zur Milchmarktbeobachtungsstelle:

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/131_en.htm

Ausschreibung Horizon 2020: Steigerung der Investitionsbereitschaft von KMU und kleinen Midcaps

Ziel dieser Ausschreibung ist es, Unternehmen mit innovativen und risikoreichen Projekten den Zugang zur Risikofinanzierung zu ermöglichen. Es stehen je nach Organisationstyp verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung zur Verfügung. „Horizon 2020“ vereint als neues Rahmenprogramm für Forschung und Innovation das bisherige FP7, Programmteile des Programms für Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (CIP) und des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT).

Förderfähige AntragstellerInnen

Vor allem forschungs- und innovationsintensive KMU; „small mid-caps“ (< 500 MitarbeiterInnen); „medium/large midcaps“ (500-3000 MitarbeiterInnen); Großfirmen, Universitäten

Förderfähige Projekte

Finanzierung von Darlehen und Garantien für forschungs- und innovationsintensive KMU („debt facility“); Finanzierung für Investitionen in der Frühphase; Start ups („equality facility“).

Fördermittel

2,5 Mio. Euro

Einreichfrist

15. April 2014

Antragstellung

Anträge können ausschließlich online eingereicht werden. Für die Einreichung von Anträgen steht im TeilnehmerInnenportal der sogenannte Participant Portal Submission Service (PPSS) – auch SEP für „Submission and Evaluation in the Participant Portal“ – zur Verfügung. Der Zugang zu dem System ist über die jeweilige Ausschreibungsseite möglich.

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/topics/2070-bir-1-2014.html>

Brüssel-Modul der Salzburg Management Business School mit Schwerpunkt Public Management sowie Health Care Management

Von 3. bis 11. Februar 2014 fand ein 9-tägiges Modul der Salzburg Management Business School mit Schwerpunkt Public Management sowie Health Care Management im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel statt. Michaela Petz-Michez, Fachabteilungsleiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur EU in Brüssel und Edgar Aragón, EU Policy-Koordinator und Harvard-Professor, waren für den inhaltlichen Rahmen des Programms zum Thema „European Governance and Public Health“ verantwortlich.

Die 15 Studierenden wurden von Julia Schrammel, Programm-Managerin MBA & Master Programmes, begleitet und absolvierten ein vom Verbindungsbüro des Lan-

des Salzburg zur EU organisiertes Besuchsprogramm mit Vorträgen im Ausschuss der Regionen, im Rat der Europäischen Union, im Kabinett von Kommissions-Vizepräsident Maroš Šefčovič zum Thema „Strategische Personalverwaltung der Europäischen Kommission“, im Büro des Abgeordneten zum Europäischen Parlament Paul Rübiger, in der Ständigen Vertretung Österreichs zur EU sowie im Kabinett von EU-Regionalkommissar Johannes Hahn.

Mit dem Generaldirektor-Stellvertreter Wolfgang Burtscher in der Generaldirektion für Forschung und Innovation, Europäische Kommission, hatten die Programm-TeilnehmerInnen Gelegenheit, über das aktuelle Forschungsprogramm „Horizon 2020“ zu diskutieren.

Brüssel-Exkursion: MaturantInnen des BG Nonntal informieren sich über die EU „vor Ort“

Wie bereits in den vergangenen Jahren besuchten 30 MaturantInnen des Bundesgymnasiums/Europagymnasiums Nonntal unter der Leitung von Professor Josef Brunsteiner und Professorin Christa Marschallinger von 18. bis 20. Februar 2014 die EU-Institutionen in Brüssel.

Ein intensives Besuchsprogramm, das vom Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU organisiert wurde, ermöglichte es den SchülerInnen, viele Einrichtungen kennenzulernen und Diskussionen, wie beim Treffen mit EU-Abgeordneter Elisabeth Köstinger im Europäischen Parlament, beim Besuch im Rat der Europäischen Union, im Ausschuss der Re-

gionen und beim Vortrag von Botschaftsrätin Mirjam Dondi in der Ständigen Vertretung Österreichs zur EU, zu führen.

Michaela Petz-Michez, Fachabteilungsleiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur EU in Brüssel, vermittelte in den Räumlichkeiten des Verbindungsbüros einen Überblick über dessen Aufgaben und Tätigkeiten und im Anschluss daran machte Monika Mosshammer, stellvertretende Abteilungsleiterin des Referates Grenzverwaltung und Rückführungspolitik aus der Generaldirektion HOME der Europäischen Kommission die MaturantInnen mit dem Thema „Schengen – Raum ohne Binnengrenzkontrollen“ vertraut.

Reisen ins europäische Ausland: Nur die Hälfte kennt die EU-weit gültige Notrufnummer 112

Die meisten europäischen Bürgerinnen und Bürger sind sich immer noch nicht sicher, welche Telefonnummer sie im Ausland bei einem Notfall wählen müssen. Dies ergab eine vor Beginn der diesjährigen Reisesaison durchgeführte Eurobarometer-Umfrage. Demnach wissen 49 Prozent der EuropäerInnen nicht, dass sie mit der Nummer „112“ die Notrufdienste erreichen können. Trotz jahrelanger Bemühungen ist diese Nummer in vielen Fällen selbst jenen Personen, die regelmäßig ins Ausland fahren, nicht bekannt.

Der Notruf 112 kann in allen EU-Mitgliedstaaten neben den bereits vorhandenen Notrufnummern angewählt werden. Dänemark, Finnland, Malta, die Niederlande, Portugal, Rumänien und Schweden haben zusätzlich beschlossen, die Nummer 112 als alleinige Notrufnummer zu verwenden. Außerdem ist die Nummer 112 auch in Drittländern wie in der Schweiz, Montenegro und der Türkei gültig.

Weiterführende Informationen/Website zum Notruf 112:

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/about-112>

6

Humanitäre Hilfe: neuer Freiwilligendienst „EU Aid Volunteers“

Das EU-Parlament und die EU-Kommission rufen einen neuen Freiwilligendienst für humanitäre Hilfe ins Leben: Mit Ende 2014 nimmt das Programm „EU Aid Volunteers“ seine Arbeit auf. Es wird EU-BürgerInnen die Möglichkeit geben, einen persönlichen Beitrag zur humanitären Hilfe der Union zu leisten.

EU Aid Volunteers ist ein praktisches Programm, in dessen Rahmen Freiwillige für humanitäre Projekte trainiert und

eingesetzt werden. Diese Freiwilligen werden unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen: Sie reichen von Arbeiten am Computer zu Hause über Einsätze in den Büros von Hilfsorganisationen bis zum Einsatz in EU-geförderten humanitären Projekten weltweit. Das Budget für den Zeitraum 2014-2020 sieht rund 148 Mio. EUR vor. Die ersten Freiwilligen werden voraussichtlich Anfang 2015 ausgebildet.

Versicherungen: bessere Informationen und Beratung zum Schutz der VerbraucherInnen

Der Abschluss einer Versicherung soll in Zukunft einfacher werden und mit weniger Risiken behaftet sein. So hat es das Europaparlament vor kurzem beschlossen. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf der EU-Kommission wurde damit von den EU-Abgeordneten in entscheidenden Punkten verändert. Diese Änderungen müssen nun mit dem EU-Rat weiter verhandelt werden.

Einige Punkte im Detail:

- Bevor potenzielle KäuferInnen einen Vertrag unterzeichnen, müssen ihnen ausreichende Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählen klare und leicht verständliche Ausführungen zur Art der Versicherung, zu den mit dem Vertrag einhergehenden Verpflichtungen, zu den versicherten und ausgeschlossenen Risiken sowie zu möglichen Zahlungsmethoden und Kosten.
- Die KäuferInnen müssen über die Gesamt-Vertragssumme informiert werden, also inklusive Beratung und Dienstleistungsentgelte.
- VersicherungsmaklerInnen müssen ihre Identität und Kontaktdaten offenbaren und auf mögliche Interessenkonflikte hinweisen.
- Alle VersicherungsmaklerInnen müssen sich bei einer Behörde oder Institution ihres Landes registrieren lassen.
- Wer Versicherungen vertreibt, soll in Zukunft selbst gegen Klagen wegen beruflicher Fahrlässigkeit versichert sein (mindestens 1.250.000 Euro Versicherungsschutz).
- MaklerInnen, die die Produkte anderer Versicherungsunternehmen vertreiben, sollen gemeinsam einen Garantiefonds schaffen, der Mittel im Wert von 4 Prozent aller jährlich eingenommenen Prämien enthält. Aus diesem Fonds sollen KundInnen entschädigt werden, deren Versicherer fällige Prämien oder Schadenssummen nicht zahlen können.

Europäischer Gerichtshof: Österreichische Regelung für die Neuerrichtung von Apotheken sind nicht mit der Niederlassungsfreiheit vereinbar

Konkret sieht die derzeitige österreichische Regelung vor, dass eine Neueinrichtung von öffentlichen Apotheken nur genehmigt wird, sofern ein „Bedarf“ besteht. Die Konzession wird demnach erteilt, wenn in der Standort-Gemeinde der Apotheke ein Arzt seinen ständigen Berufssitz hat und die Neuerrichtung keine Verringerung der Zahl der Kunden einer bestehenden Apotheke zur Folge hat. Kein Bedarf besteht demnach, wenn u.a. die Zahl der von den bestehenden öffentlichen Apotheken weiterhin zu versorgenden Personen in Folge der Neuerrichtung unter 5.500 liegt.

In seinem Urteil vom 13. Februar 2014 hat der Europäische Gerichtshof anhand eines Falls aus Oberösterreich nun klargestellt:

Eine nationale Regelung, die es den zuständigen Behörden nicht erlaubt, örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen und damit von der starren Zahl der zu versorgenden Per-

sonen abzuweichen, ist nicht mit der Niederlassungsfreiheit und insbesondere dem Gebot der „Kohärenz“ bei der Verfolgung des angestrebten Ziels vereinbar.

Im vorliegenden Rechtsstreit sieht der Gerichtshof u.a. die Gefahr, dass durch die Anwendung des Kriteriums der „Zahl der weiterhin zu versorgenden Personen“ für bestimmte Personen (insbesondere für jene mit eingeschränkter Mobilität), die in ländlichen und abgelegenen Regionen wohnen, kein gleicher Zugang zu Apotheken sichergestellt ist.

Weiterführende Informationen (u. a. Volltext des Urteils):

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-367/12>

17. European Health Forum Gastein von 1. bis 3. Oktober 2014

Das EHFG ist die führende gesundheitspolitische Veranstaltung in der EU. Sie bietet EntscheidungsträgerInnen im Gesundheitsbereich jährlich eine aktuelle Informations- und Diskussionsplattform zu einer Vielzahl von Themen aus ihren Fachgebieten.

Weiters startet die Ausschreibung für den „European Health Award 2014“ Mitte März 2014. Für Bewerbungen wird ein

neues, überarbeitetes Bewerbungsformular zur Verfügung gestellt. Die Frist für Einreichungen läuft bis Ende Mai 2014.

Weiterführende Informationen:

<http://www.ehfg.org/home.html>

<http://www.ehfg.org/award.html>

Auftaktkonferenz „CREATIVE EUROPE. Bleibt alles beim Alten? Oder doch alles neu?“

„Creative Europe“ ist das neue EU-Förderprogramm für den Kultursektor sowie die Kreativ- und Filmbranche in der Laufzeit 2014-2020. Das Bundeskanzleramt und der Creative Europe Desk Austria laden alle Kulturschaffenden und kulturpolitisch Interessierten ein, an der Auftaktveranstaltung am 2. April 2014 teilzunehmen.

„CREATIVE EUROPE.

Bleibt alles beim Alten? Oder doch alles neu?“

2. April 2014, 09.30 bis 16,00 Uhr.

Urania, Dachsaal, Uraniastraße 1, 1010 Wien

Nach der Begrüßung durch Bundesminister Josef Ostermayer und dem Eröffnungsvortrag von Kathrin Röggl werden die Ziele und Schwerpunkte von „Creative Europe“ von einer ExpertInnenrunde auf den Prüfstand gestellt. Am Nachmittag geht es dann um die Programmstruktur, die Fördermöglichkeiten und die Förderbedingungen der Sub-Programme Kultur und MEDIA.

Programm und Anmeldung:

<http://www.ccp-austria.at/view.php?id=451>

Anhörung im EU-Parlament: Teilerfolg für die Europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“

Im Februar fand im Europäischen Parlament (EP) die erste Anhörung dieser höchst erfolgreichen europäischen BürgerInneninitiative (EBI) statt. Die EBI „Right2Water“ hat es geschafft, innerhalb eines Jahres in sieben EU-Ländern rund 1,8 Mio. Unterschriften zu sammeln.

Hauptforderung der EBI ist eine Deckung der Grundbedürfnisse der EU-BürgerInnen sowie leistbarer Zugang zu Wasser und zu sanitärer Grundversorgung.

Die EBI missbilligt die Privatisierung bzw. Liberalisierung von Wasserdienstleistungen und fordert die Europäische Kommission auf, das Recht auf Wasser EU-weit gesetzlich zu verankern.

Die InitiatorInnen der EBI „Right2Water“ fordern zusätzlich, dass Wasser von den Binnenmarktregeln ausgenommen werden soll. Die öffentliche Hand soll demnach die Kontrolle über Wasserdienstleistungen behalten.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments begrüßten den Erfolg der BürgerInneninitiative. Bei der Anhörung am 17. Februar 2014 herrschte Einigkeit darüber, dass Wasser Teil der Grundversorgung ist. Sollte die Europäische Kom-

mission den Vorschlag der EBI, Wasser auf EU-Ebene als Grundrecht zu definieren, annehmen, könnte die EU hier eine globale Vorreiterrolle einnehmen. Die Kommission hat bereits angekündigt, noch vor dem 20. März 2014 ihr weiteres Vorgehen in einer öffentlichen Mitteilung darzulegen.

Die Europäische BürgerInneninitiative (EBI) ist seit dem 1. April 2012 ein neues Instrument der partizipatorischen Demokratie in Europa. (vgl. *Extrablatt Nr. 78*)

Weiterführende Informationen:

Direktlink zur Anhörung im Europäischen Parlament:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20140217-1500-COMMITTEE-ENVI-DEVE-IMCO-PETI>

EBI Right2Water:

<http://www.right2water.eu/>

Informationen zur Europäischen BürgerInneninitiative:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/?lg=de>

Lebensrettendes eCall-System ab 2015 in allen neuen Automodellen?

Ab Oktober 2015 müssen EU-weit in allen neuen Auto- und Lieferwagenmodellen spezielle Notrufgeräte, welche Rettungsdienste bei Autounfällen automatisch benachrichtigen, installiert sein. So steht es jedenfalls im Gesetzesentwurf zum eCall-System, den das EU-Parlament vor kurzem angenommen hat. Allerdings haben die Abgeordneten die Möglichkeit offen gelassen, die Frist nochmals zu verschieben, da die Industrie mehr Zeit für die Entwicklung und zum Testen des Systems gefordert hat. Weiters müssen auch die EU-Mitgliedstaaten im EU-Rat zum jetzt vorliegenden Vorschlag Stellung nehmen.

10 Speziell verschärft haben die Abgeordneten die Datenschutzklausel im Gesetzesentwurf. Damit soll gewährleistet werden, dass Fahrzeuge nicht aufgrund der eCall-Technologie ständig verfolgbare sind. Die vom System bei einem Un-

fall abgesetzten Daten dürfen nur Informationen zur Aktivierung (manuell oder automatisch), zum Fahrzeugtyp, zum Treibstoff, zum Unfallzeitpunkt, zur Fahrzeugposition, zur Fahrtrichtung und zur Anzahl der angelegten Sicherheitsgurte enthalten.

Allein im Jahr 2012 gab es bei Verkehrsunfällen in der EU 28.000 Todesopfer und rund 1,5 Millionen Verletzte. Durch die Einführung eines EU-weiten Notrufsystems könnten – so die ExpertInnen – pro Jahr ungefähr 2.500 Leben gerettet und die Schwere der Verletzungen in zehntausenden Fällen erheblich verringert werden.

Das bordeigene eCall-Notrufsystem nutzt die einheitliche europäische Notrufnummer 112, um die Rettungsdienste automatisch zu schweren Verkehrsunfällen zu lotsen.

„Sustainable Energy Days“ – Einreichungen ab sofort möglich

Von 1. bis 30 Juni 2014 finden in der EU die diesjährigen „Sustainable Energy Days“ statt (inkl. Schwerpunktwoche von 23. bis 27. Juni).

Behörden, private Unternehmen, NGOs und Bildungseinrichtungen sind zur Teilnahme eingeladen. Insbesondere können sie ihre eigenen Projekte bzw. Veranstaltungen, sofern diese im Juni 2014 in der eigenen Stadt oder Region stattfinden, ab sofort auf einer eigens eingerichteten Website präsentieren. Ziel ist es, eine EU-weite „Werbeplattform“ für Projekte zur nachhaltigen Energienutzung einzurichten. Es können sowohl Dokumente als auch Fotos und Videos hochgeladen werden.

Die Vorteile für die TeilnehmerInnen:

- weniger Ausgaben für Werbung/Öffentlichkeitsarbeit dank einer 100 Prozent kostenlosen Web-Plattform;
- Networking mit tausenden anderen PartnerInnen & NutzerInnen in der gesamten Europäischen Union;
- Unterstützung durch ein mehrsprachiges Kommunikationsteam;

- Nutzung der angebotenen Social Media-Kanäle;
- kostenlose Nutzung der Kampagnen-Logos und -Markenzeichen.

Weiterführende Informationen:

Kampagnen-Website:

<http://www.eusew.eu/>

Energy Days:

http://www.eusew.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=111

Leitfaden für interessierte TeilnehmerInnen:

<http://www.eusew.eu/images/pdf/EUSEWWhatsInItWeb140204.pdf>

Helpdesk für weitere Fragen:

0032-2-340.30.65

energydays@eusew.eu

Neue Ausschreibungen in Horizon 2020: Unterstützung für Behörden bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz

Im Rahmen von „Horizon 2020“, dem rund 80 Milliarden Euro schweren Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, wurden nun weitere 6 Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen („calls“) veröffentlicht.

Der Fokus liegt dabei auf der Unterstützung von Behörden, welche ihre Energiepolitik nachhaltiger ausrichten wollen. Die Einreichfrist für Bewerbungen endet am 5. Juni 2014 um 17.00 Uhr (Brüsseler Zeit).

Die 6 Themen im Überblick:

1. öffentliche Auftragsvergabe und nachhaltige Energielösungen;

2. Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien zur Steigerung der Energieeffizienz;
3. bessere Planung und Durchführung von Energieeffizienz-Maßnahmen;
4. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Stakeholdern und Behörden im Energiebereich;
5. Hilfestellung bei der Entwicklung von Finanzierungs- und Kapitalmodellen im Energiesektor;
6. Unterstützung bei der Markteinführung innovativer Energie- und Finanzierungslösungen

Weiterführende Informationen:

http://www.managenergy.net/articles/88#.UwMmq_IdVgg

Impressum:

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306, E: bruessel@salzburg.gv.at
www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm

Redaktionelle Leitung: Michaela Petz-Michez

Redaktion & Bearbeitung: Michaela Petz-Michez, Maren Kuschnerus, Roland Graffius

Koordination: Maren Kuschnerus; Angelika Badiqué

Layout: Land Salzburg, Grafik, 5020 Salzburg

Redaktionsschluss: 11. März 2014

Offenlegung gem. Mediengesetz § 25

Medieninhaber: Land Salzburg (100%)

Blattlinie: Informationen aus den Institutionen der EU,
insbesondere mit Salzburg-Bezug.